

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 1110 Anfrage Engler Pia und Mit. über Ersatzabgaben und die Opposition der Gemeinden zur Rechnungsstellung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Pia Engler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Pia Engler: Rund um die Ersatzabgaben und Massnahmen zur Generierung von Unterbringungsmöglichkeiten kam es sowohl seitens der Gemeinden wie auch seitens des Kantons zu einiger Unzufriedenheit. Die SP-Fraktion hält grundsätzlich am Instrument der Ersatzabgabe fest. Schlussendlich hat die Ersatzabgabe dazu geführt, dass die benötigten Unterbringungsplätze zur Verfügung gestellt wurden. In naher Zukunft werden wir wieder vermehrt auf diese Unterkünfte zugreifen müssen, darauf hat heute Morgen auch die Gesundheits- und Sozialdirektorin hingewiesen. Es ist wichtig, dass wir deshalb an diesem Instrument festhalten. Wir bedauern es, dass es bei der erstmaligen Umsetzung dieses Instrumentes zu grossen Schwierigkeiten gekommen ist. Wir erwarten, dass der Kanton und die Gemeinden in der Lage sind, diese Probleme zu lösen und ihre Energie wieder für die Umsetzung einsetzen können. Die SP-Fraktion ist offen für allfällige sinnvolle Justierungen dieses Gesetzes.

Thomas Oehen: Die Ersatzabgaben für fehlenden Wohnraum in den Gemeinden für die Unterbringung von Schutzsuchenden sind seit Beginn ein Dauerthema. Die Anfrage wurde ausführlich und schlüssig beantwortet. Die Regierung stützt sich bei ihrem Beschluss auf das Sozialhilfegesetz und die kantonale Asylverordnung. Zudem nahm auch der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) Einfluss auf die Höhe der Ersatzabgaben. Es zeigte sich, dass es nicht einfach ist, in kurzer Zeit geeigneten Wohnraum zu finden, wobei die Kriterien bei der Wohnungsauswahl oft auch für Diskussionen sorgten. Die Ersatzabgaben sind wohl ein probates Mittel, um auf die Beteiligten genügend Druck auszuüben, damit der Kanton zum Ziel kommt. Nun hat sich die Lage zum Glück etwas entschärft, und im Moment benötigt der Kanton nicht um jeden Preis Wohnraum für Schutzsuchende. Nun gilt es, die verlangten Beträge sauber abzurechnen und auch ein Fazit zu ziehen. Der Kanton und die Gemeinden müssen sich auf den nächsten Notstand und für einvernehmliche Lösungen vorbereiten.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuur.

Michaela Tschuur: Ich habe mich heute Morgen bereits etwas ausführlicher zu diesem Thema geäussert. Ich möchte an dieser Stelle nochmals meinen Dank an alle Gemeinden richten, die geholfen haben, diese Notlage und diese Krisensituation gemeinsam mit dem Kanton zu bewältigen. Selbstkritisch muss ich aber auch sagen, dass es sicherlich noch Verbesserungs- und Optimierungspotenzial gibt. In den nächsten Wochen und Monaten

gehen wir dieser Frage nach. Bei der Revision der Asylhilfeverordnung und des Sozialhilfegesetzes stehen zwei Teilprojekte an. Ich möchte Thomas Oehen ungern widersprechen, aber ich muss es trotzdem tun: Es ist nicht so, dass der Kanton keine weiteren Wohnungen benötigt. Die Notlage ist aufgehoben, und es war nicht schön, die Ersatzabgaben in Kraft zu setzen. Aber wenn wir uns die geopolitische Situation auf der ganzen Welt anschauen, gehen weder wir noch das Staatssekretariat für Migration (Sem) davon aus, dass sich die Lage entspannt. Für mich als Gesundheits- und Sozialdirektorin ist es wichtig, dass unser Departement und meine Dienststelle das bewältigen können. Das können wir nur über die beiden Staatsebenen Kanton und Gemeinden sowie zusammen mit dem Bund.